

# Beschwerden verzögern Bau der Entwässerung Braunwald

Das Gelände in Braunwald bewegt sich langsam. Ein Entwässerungsstollen soll die Gefahr akuter Erdrutsche entschärfen. Dessen Bau ist jedoch durch Beschwerden blockiert, diese sollen aber laut ihren Urhebern nicht die Entwässerung selber betreffen.

von Fridolin Rast

Für den Entwässerungsstollen von Braunwald gibt es seit dem 20. März eine Baubewilligung, wie Markus Hefti bestätigt, Präsident der Entwässerungskorporation Braunwald. Nach jahrelanger Planung und fast zwei Jahre nachdem die Landsgemeinde einen Zusatzkredit bewilligt hat.

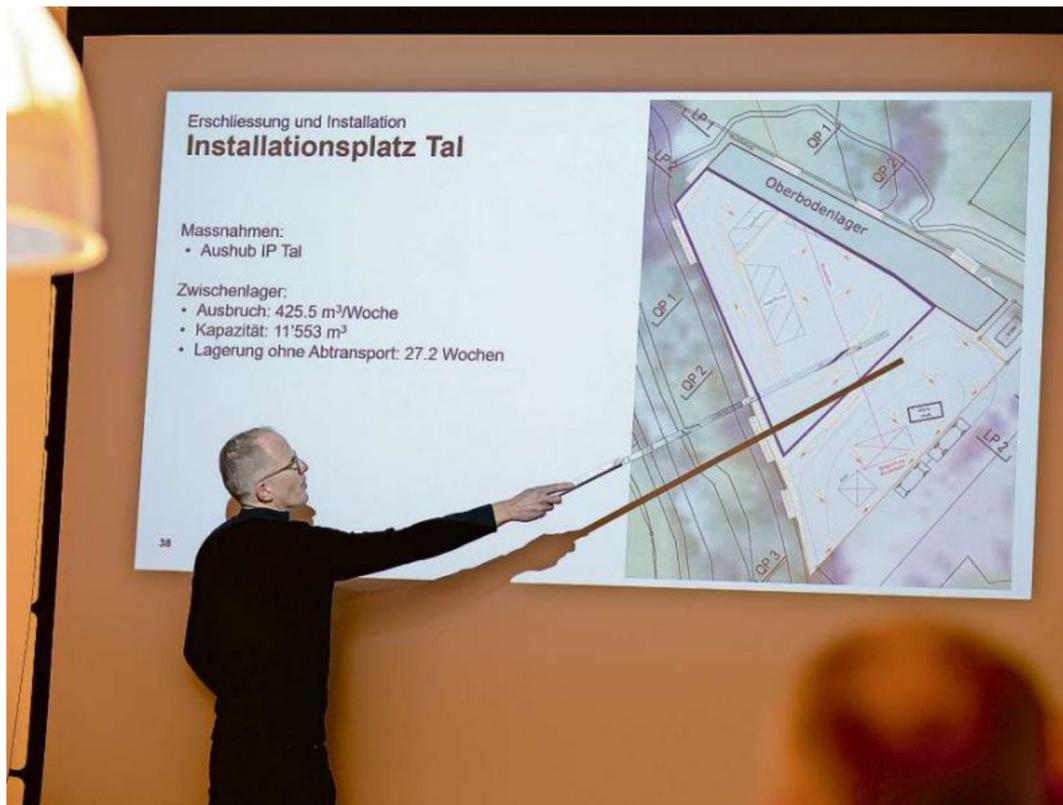
Doch es gibt ein Problem: Der Bau ist durch Einsprachen blockiert. Wie viele es sind, wollte Hefti nicht sagen. Die Gemeinde hat die Einsprachen abgelehnt, wie sie auf Anfrage erklärt, dagegen gab es aber Beschwerden. Die «Glärner Nachrichten» wissen von zwei Beschwerden, über die nun der Regierungsrat entscheiden muss. Ein dritter Einsprecher zog den Entscheid nicht weiter.

Gebaut werden soll die Entwässerung, weil das Dorf oben auf einer Felswand liegt und zentimeterweise pro Jahr auf diese Felswand zurutscht. Die Rutschmasse, die rund vier Quadratkilometer gross ist, hat eine steile Front. 1979/80 im Grantenboden und 1999 im Bättschen ist diese Front ins Rutschen gekommen. Beide Male war das Erdreich durch lange und starke Niederschläge durchnässt, 1999 kombiniert mit der Schneeschmelze eines Jahrhundertwinters. Vom Bättschen, wo 200 000 Kubikmeter Lockergestein in Bewegung gerieten, stürzte ein Teil über die Felswand, ein grosser Murgang sauste nach Rüti ins Grottsal hinunter und staute sogar die Linth auf.

Damit das nicht wieder passiert, damit die Rutschung langsam bleibt oder noch langsamer wird, plant die Entwässerungskorporation einen über 900 Meter langen Entwässerungsstollen mit Drainagebohrungen, die das Wasser aus dem Grund abziehen sollen.

## Die Zeit drängt

Dass mit den Einsprachen der Baustart verzögert werde, sei «beunruhigend», sagte Geologe Stephan Frank kürzlich in einem Interview (Ausgabe vom 20. Mai). Denn grössere Rutschungen kennt man seit dem 20. Jahrhundert alle 20 bis 30 Jahre. Und seit 1999 sind 24 Jahre vergangen. «Von den Erfahrungen her und weil die Rutschmasse sich ja kontinuierlich zur Felswand hinbewegt, ist davon auszugehen, dass ein Grossereignis nicht nochmals 24 Jahre auf sich warten lässt», erklärte Frank. Die Planungen und alle Vorarbeiten für den Entwässerungsstollen seien abgeschlossen;



Stein des Anstosses: Gegen Installationsplatz und Bauseilbahn im Stachelberg, wie sie Projektingenieur Urs Marti an einer Orientierung im Herbst 2021 präsentiert, führen Betroffene Beschwerde. Der Regierungsrat muss darüber einen Entscheid fällen. Bild Fridolin Rast

mit dem Bau habe man im Herbst 2022 beginnen wollen.

Markus Hefti, Präsident der Entwässerungskorporation Braunwald, sagt nur, die Verzögerungen seien «natürlich schade». Es sei aber legitimes Recht der Einsprecher, den Entscheid der Gemeinde weiterzuziehen.

## «Nicht gegen die Entwässerung»

Im Moment laufe der Schriftenwechsel, so einer der zwei Beschwerdeführer. Das heisst, der Regierungsrat holt Stellungnahmen von den Beteiligten ein, bevor er über die Beschwerden entscheidet.

«Unsere Einsprachen richten sich nicht gegen das Entwässerungsprojekt in Braunwald», betont der Beschwerdeführer. Mehr noch, die Entwässerung sei von der Beschwerde absolut nicht tangiert. Er ist Anwohner in Linthal und wehrt sich gegen den Installationsplatz, der im Stachelberg geplant ist. Der Anwohner erklärt: «Die Naturgefahrensituation für unseren Wohnort wird durch den Installationsplatz verschärft.» Das Haus, neben welches die Talstation einer Bauseilbahn zu liegen kommen soll, würde deshalb stärker gefährdet. Das

habe ein auf eigene Kosten erstelltes Expertengutachten ergeben. Die kantonale Naturgefahrenkarte weist für das Gelände eine rote Zone oder «erhebliche Gefährdung» durch Wasser aus. Das Land wie das Wohnhaus liegen auf dem Schuttkegel von Brummbach und Brummbächli.

Ob mit dem Regierungsrat oder der Gemeinde vor einem Entscheid noch Gespräche stattfinden sollen, sei offen, so der Beschwerdeführer. Die Gemeinde erklärt, sie könne aufgrund des laufenden Verfahrens dazu keine Auskunft geben.

## Zumindest «mehrere Monate» bis zum Baubeginn

Ein weiterer Einsprecher hat den Entscheid nicht weitergezogen. Auf den zuvor geplanten Steinbrecher am Installationsplatz werde verzichtet, für ihn habe sich damit die Sache erledigt. Zum zweiten Punkt seiner Einsprache, der Verkehrssituation im Stachelberg und am Veloweg, hätten Kanton und Gemeinde ein spezielles Augenmerk zugesichert.

Bis zu einer Baufreigabe könne es noch mehrere Monate dauern, heisst es bei der Gemeinde.

«Die Situation ist beunruhigend. Es ist nicht davon auszugehen, dass ein Grossereignis nochmals 24 Jahre auf sich warten lässt.»

Stephan Frank  
Geologe für Entwässerung Braunwald

## FDP Nord will Werkhof zurückweisen

Laut der FDP Glarus Nord sind die Informationen im Bulletin zur Gemeindeversammlung vom Dienstag über den neu geplanten Werkhof unvollständig. Der zentrale Werkhof werde von der FDP im Hinblick auf seine Wirtschaftlichkeit positiv bewertet. Es fehlten jedoch konkrete Angaben zu den Baukosten und den Erlösen aus dem Verkauf der bisherigen Werkhof-Liegenschaften. Auch das kurzfristig nachgereichte Dokument des Gemeinderats trage nicht dazu bei, das Vertrauen in den Gemeinderat zu stärken. Weiter solle das Entsorgungskonzept im Zusammenhang mit dem zentralen Werkhof geklärt werden. Die FDP will das Geschäft deshalb zurückweisen.

Zum Reglement über den Erhalt des Linthwerks hat die FDP Stimmfreigabe beschlossen. Den finanziellen Beitrag an die Lintharena und die Aktienkapitalerhöhung befürwortet die Partei. Und die Zuweisung des Hagnen zur Bauzone in der Nutzungsplanung wird von der FDP ebenfalls unterstützt.

Die FDP unterstützt die Leistungsvereinbarung der Gemeinde Glarus Nord mit dem Verein Volley Näfels. Sie empfiehlt jedoch, die Leistungsvereinbarung analog zur Vereinbarung mit dem FC Linth 04 auf die Dauer einer Legislaturperiode zu begrenzen. (eing)

## GLP gegen Linthwerk-Reglement

Die Grünliberalen Glarus Nord empfehlen den Stimmberechtigten, an der Gemeindeversammlung vom Dienstag den Antrag auf Erlass eines Reglements zum Linthwerk abzulehnen. Die Gemeinde sei dafür nicht zuständig. «Leerlaufpolitik» solle vermieden und kein wirkungsloses Reglement erlassen werden, das viel Aufwand bei der Gemeindeverwaltung und Kosten ohne Nutzen für die Steuerzahlenden zur Folge habe.

Der 800 000-Franken-Beitrag für das Esaf werfe Fragen auf, so die GLP. So würden vom Esaf allein für ein zusätzliches Perron im Bahnhof Näfels-Mollis 1,3 Millionen Franken investiert. Es sei nicht nachvollziehbar, dass dieses Perron nicht gleich richtig gebaut werde, sodass im Knotenpunkt Näfels-Mollis die Züge kreuzen könnten.

Zum geplanten Werkhof seien leider erst jetzt die anderen Varianten transparenter aufgezeigt worden. Die vorgeschlagene Variante schein aber die richtige zu sein, so die GLP.

Bei der Nutzungsplanung unterstützt die GLP die Anträge des Gemeinderates. Die Gemeindeversammlung solle keinen Änderungsanträgen zustimmen, die gegen übergeordnetes Recht verstiessen. (eing)

INSERAT

Schützen, was uns wichtig ist.

**JAM**  
Klimaschutz-Gesetz 18. Juni



Sabine Steinmann  
Landrätin und  
Fraktionspräsidentin SP



Peter Aebli  
Gemeindepräsident  
Glarus FDP



Andrea Trummer  
Gemeinderätin Glarus  
und Landrätin Die Mitte



Patric Vogel  
Vorstand Glarner  
Wirtschaftskammer

Nichtstun erhöht die Klimakosten.



klimaschutzgesetz-ja.ch

Verein Klimaschutz Schweiz | 8003 Zürich